78. Jahrgang. Nr. 324 Dienstag, 12. Juli 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die nächsten Arbeiten des Kabinetts

Inangriffnahme des Aufbauprogramms

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Juli. Das Reichskabinett hielt am Montagnachmittag eine Sitzung ab, die, nachdem die Lausanner Vereinbarungen bereits in der Vormittagssitzung besprochen worden waren, der Erörterung der innerpolitischen Lage diente. Der Reichsinnenminister v. Gayl, der über die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse referierte, behandelte eingehend auch die blutigen Zwischenfälle, die sich infolge der fast täglichen Ueberfälle auf Angehörige der Rechten so bedenklich gehäuft haben. Wenn auch noch nicht zu erfahren ist, durch welche Maßnahmen gegebenenfalls der zunehmende Blutterror der Linken gebrochen werden soll, so darf man aber doch annehmen, daß die Reichsregierung diesen Dingen die ernsteste Aufmerksamkeit widmet.

Inzwischen haben die Sozialdemokraten an den Reichsinnenminister das Verlangen gestellt, von ihm wegen der Vorfälle in Ohlau angehört zu werden.

Da die amtliche Untersuchung ja die bisherigen Feststellungen, nach denen einwandfrei Mitglieder des Reichsbanners nach vorher festgelegtem Plan gegen die Nationalsozialisten vorgingen, nur bestätigen kann, dürfte es dem Reichsinnenminister nicht schwer fallen, den sozialdemokratischen Vertretern die richtige Antwort zu geben.

Das Kabinett wird auch während der nächsten Tage Sitzungen abhalten, in denen

die nächsten größeren Maßnahmen der Regierung,

in deren Mittelpunkt bekanntlich die Arbeitsbeschaffung stehen soll, besprochen werden. Es ist anzunehmen, daß der Reichskanzler v. Papen, der am Mittwochabend die Reise nach Neudeck zum Reichspräsidenten antritt, den Reichspräsidenten auch bereits über diese Angelegenheit wird unterrichten wollen. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Arbeiten des Reichskabinetts so gefördert werden können, daß noch im Laufe dieses Monats — also vor den Wahlen — die neue Notverordnung mit dem Aufbauprogramm erlassen wird. Die Hauptvorlagen sind bereits ausgearbeitet, so daß das Kabinett am morgigen Dienstag sofort in die praktische Beratung eintreten kann. Kommen die Dinge in dieser Art vorwärts, dann werden die Ministerien bereits im August an die Durchführung der neuen Maßnahmen gehen können. Dabei handelt es sich vor allem um drei große Fragenkomplexe. Das ist

1. eine Arbeitsdienstpflicht, die, wie sich schon aus dieser Bezeichnung ergibt, über den Charakter des freiwilligen Arbeitsdienstes hinausgeht und die sich damit den Auffassungen und Wünschen der Rechten zu diesem Problem stärker nähert;

2. die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen in dem vor einigen Tagen angedeuteten sportlichen Sinne und

3. die Siedlung, für die jetzt das Reichsernährungsministerium federführend ist.

Aus dem Ganzen ergibt sich, daß auch der Rest des Monats für die Reichsregierung überaus arbeitsreich werden wird. Im August werden der Kanzler und ein Teil der Minister dann vielleicht für kurze Zeit in Urlaub gehen können. — Was

die Ratifizierung der Lausanner Vereinbarungen

angeht, so zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß Frankreich an eine Ratifizierung nicht denkt, bevor nicht in der interalliierten Schuldenfrage mit Amerika ein Uebereinkommen getroffen ist. Das könnte unter Umständen bedeuten, daß man die Ratifizierung bis zum Wiederzusammentritt des amerikanischen Kongresses, die erst im März des nächsten Jahres erfolgt, verschiebt. An den amtlichen Berliner Stellen ist erneut zu hören, daß Deutschland die Ratifizierung erst vornehmen wird, wenn sie auch die übrigen Mächte vollzogen haben werden. Ausdrücklich betont wird an den Berliner Stellen, daß, gleichgültig, ob die Ratifizierung durch Frankreich hintertrieben wird oder nicht,

der Youngplan ein für allemal außer Kraft gesetzt

ist und daß auch eine gegebenenfalls durch die Nichtratifizierung geschaffene neue Lage niemals dahin ausgedeutet werden könnte, daß der Youngplan wieder hergestellt sei. Dieser Plan ist und bleibt, wie dies ja auch in der Endsitzung der Lausanner Konferenz ausdrücklich festgestellt wurde, erledigt.

Lausanne gefährdet!

Noch steht die Welt unter dem Eindruck der Unterzeichnung des Lausanner Abkommens, dessen Zustandekommen bis in die letzten Tage fraglich schien, noch leben in unserem Gedächtnis die Lobeshymnen, die Macdonald von seinen begeisterten Landsleuten gespendet wurden, noch steht vor uns das Bild des temperamentvollen Herriot, der immer wieder in den freudigen Ausruf ausbrach: „C'est fait!" („Es ist geschafft!"), nämlich die Durchsetzung des schier Unmöglichen, daß Deutschland zu 70 Milliarden Tributen drei weitere legt, da kommen düstere Wolken am westlichen Horizont. Die französische Siegesfreude hat sich in große Aufregung verwandelt, denn die amerikanische Regierung hat die für die europäischen Schuldnerstaaten wichtige Frage nach der Revision der Kriegsschulden mit einem eindeutigen, glatten Nein beantwortet. Und schon erklären Presse, Parlament und Regierung in Frankreich einmütig, wenn die Schulden nicht gestrichen werden, wird das Lausanner Abkommen nicht ratifiziert. Europa fällt dann eben juristisch wieder unter den Youngplan zurück. Aber eine vernünftige Pariser Stimme fügt hinzu, das bedeute praktisch das Chaos. Kaum vierundzwanzig Stunden waren seit Unterzeichnung des Lausanner Dokumentes vergangen, das der Reichskanzler als den „Beginn einer neuen Aera unter den Völkern" im Rundfunk feierte und das Macdonald als den Abschluß des Kapitels der Reparationen bezeichnete, da erklärt der zuerst himmelhoch jauchzende Herriot, er sei nun schon wieder zu Tode betrübt, alles sei gefährdet, man werde, wenn Amerika nicht streiche, durch das Haager Schiedsgericht den Youngplan wieder zum gültigen Rechtszustand erklären lassen. Diese Wendung hat einiges ans Tageslicht gebracht, was unser Erstaunen rechtfertigt. Denn das neue Tributabkommen, das doch wahrhaftig für Deutschland eine schwere und sehr bedenkliche Last bedeutet, hatte ja den Vorteil, daß in ihm mit keinem Wort auf die amerikanischen Schulden Bezug genommen wurde. Nach seinem klaren Vertragstext ergibt sich eindeutig, daß es völlig unabhängig von dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Amerika und seinen europäischen Schuldnern bestehen soll. Papen hat vor der endgültigen Unterzeichnung ausdrücklich betont, daß die Lausanner Lösung „nichts mit der Bereinigung der interalliierten Zahlungen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Schuldnern zu tun hat". Und niemand, nicht einmal Herriot, hat dem deutschen Reichskanzler widersprochen. Jetzt erst, nachdem Amerika sein kategorisches Nein gesprochen hat, erfahren wir, daß unsere Verhandlungsgegner hinter unserem Rücken, ohne uns auch nur die leiseste Andeutung zu machen, ein sogenanntes Gentlemanabkommen getroffen haben, den Lausanner Plan nur zu ratifizieren, wenn Amerika die Schulden streiche. In den Wandelgängen der französischen Kammer und in der Presse wird nunmehr erklärt, daß es völlig ausgeschlossen sei, eine Mehrheit im französischen Parlament für Lausanne zu finden, wenn Amerika nicht die Schulden Frankreichs streiche. Man wird der französischen Kammer die Nichtratifizierung ohne weiteres zutrauen dürfen, zumal der Regierungschef Herriot ihr die Stichworte dazu sogar selbst geliefert hat.

Besonders verstimmend hat der Text der amerikanischen Antwort gewirkt. Man hat die offizielle Erklärung Washingtons, man sei einerseits sehr erfreut, daß die in Lausanne versammelten Nationen einen großen Schritt vorwärts zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage getan haben, müsse aber anderseits unter Bezugnahme auf die Hoovererklärung vom 20. Juni 1931 jede Aenderung in der Haltung der amerikanischen Regierung in der Kriegsschuldenfrage ablehnen, als offenen Hohn empfunden. Die Franzosen erklären nun, an eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage Europas sei nicht zu denken, wenn der Unruhefaktor politischer Zahlungen an die Vereinigten Staaten fortbestehe. Man betont in Paris sogar, Amerika habe einen Wortbruch begangen. Es habe durch Jahre hindurch den europäischen Staaten gepredigt, bereinigt zunächst das Tributproblem, ehe ihr an Amerika herantretet, es wird dann sicher vernünftig mit sich reden lassen. Diesen Rat habe man befolgt, und nun erkläre die Washingtoner Regierung, sie denke an keinen Schuldenerlaß, maßgeblich sei allein die Zahlungsfähigkeit der Schuldner.

Die französische Aufregung ist zwar begreiflich, aber man sollte sich in Paris sagen, daß man selbst durch den eigenen Egoismus eine Lage mit herbeigeführt hat, in welcher der anfängliche Rausch der Siegesfreude in einen jämmerlichen Katzenjammer umschlagen mußte. Das reiche Frankreich will zwar, daß ihm seine Schulden vergeben werden, aber es hat sich in Lausanne selbst geweigert, dem armen Deutschland seine Schulden völlig zu streichen, sondern es hat noch rasch drei Milliarden neue Lasten herausgeschlagen. Darf sich Marianne da wundern, wenn Uncle Sam auch nicht großzügiger ist, als sie selbst war, zumal doch das geheime Gentlemanabkommen zeigt, mit wie wenig Aufrichtigkeit man Deutschland behandelt hat? Das Pharisäische der Aufforderung an Amerika war also ziemlich offenkundig. Auch rächen sich die Folgen des Goldkrieges, in dem Frankreich noch zuletzt versuchte, sogar den Dollar zu er-

Die Notenbanken für die Goldwährung

Auch England stimmt zu

Basel, 11. Juli. Der Verwaltungsrat der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich hat heute seine 23. Sitzung abgehalten, auf der Deutschland durch Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dr. Melchior, Generaldirektor Reusch und Geh. Oberfinanzrat Dr. Vocke vertreten war. Das wichtigste Ergebnis der heutigen Beratung ist die Annahme einer Entschließung, die sich mit der Wiederherstellung der Goldwährung befaßt und in gewisser Hinsicht eine Fortsetzung der Lausanner Beschlüsse darstellt. Die Vertreter der Bank von England haben dieser Entschließung zugestimmt.

Des weiteren hat der Verwaltungsrat von den Beschlüssen der Lausanner Konferenz Kenntnis genommen und sich zur Uebernahme der in der Schlußakte der Lausanner Konferenz vorgesehenen Aufgaben durch die BIZ. bereiterklärt. Der Präsident des Verwaltungsrates hat alle hierzu erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Schließlich hat der Verwaltungsrat die Anteile der BIZ. an den in diesem Monat fälligen drei Krediten für die Oesterreichische Nationalbank, die Ungarische Nationalbank und die Jugoslawische Nationalbank für je drei Monate verlängert.

In der heutigen Verwaltungsratssitzung der BIZ. wurde eine Einladung zur Beteiligung an dem Finanzkomitee der Weltwirtschaftskonferenz und zur Entsendung von zwei Vertretern der BIZ. angenommen.

Erweiterung des Notenumlaufs in USA.

Washington, 11. Juli. Der Senat hat den Antrag Glaß angenommen, der die Ausgabe von Regierungsschuldverschreibungen zur Deckung einer gewissen Vermehrung des Notenumlaufs vorsieht. In Regierungskreisen wird eine solche Vermehrung um etwa 800 Millionen Dollar erwartet, was dem Wert der von Privaten infolge der Bankenkrise aufgestapelten Banknoten entsprechen würde.

Jahrestag der ostpreußischen Abstimmung

Berlin, 11. Juli. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sprach am Montagabend im Rundfunk zum Gedenken an die Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die er seinerzeit als Reichs- und Staatskommissar leitete. Indem sich der Minister an alle deutschen Volksgenossen, besonders aber an die ost- und westpreußischen Landsleute wandte, sagte er einleitend: Es ist mir eine besondere Freude, heute, am 11. Juli, des Tages gedenken zu können, an dem wir im Jahre 1920 in den Bezirken Allenstein und Marienwerder in einmütiger, durch keinerlei Parteigegensätze gefährdeter Front den schönen unblutigen Sieg erfochten haben, durch den wir den Verbleib unserer geliebten Heimat beim Vaterlande gesichert haben. Ich danke, rückblickend auf die strahlenden Julitage von 1920, nicht nur den Bewohnern der Abstimmungsgebiete, sondern allen, die uns damals halfen, nicht zuletzt den Hunderttausenden heimattreuer Ost- und Westpreußen in allen Gauen des Reiches.

Ein Deutschland ohne Ostpreußen ist undenkbar.

Euch, liebe Landsleute in der Provinz Ostpreußen, rufe ich von verantwortlicher Stelle zu: Haltet fest an dem Glauben an die Zukunft der Nation und der Heimat. Haltet fest am Willen zur Behauptung eines deutschen Ostpreußens für alle Zukunft. Wir erkennen dabei die Sonderlage der abgeschnürten Provinz voll an, ohne jemals deswegen der Not der anderen durch das Friedensdiktat von Versailles fast ebenso schwer getroffenen Grenzgebiete zu vergessen. — v. Gayl schloß mit den Worten: Halten wir fest am Glauben an eine bessere Zukunft und am Willen zu zäher Selbstbehauptung! Erneuern wir den Geist vom Juli 1920 in uns selbst und in allen Schichten der Nation! Feiert den 11. Juli nicht als einen Rückblick, sondern als einen Anfang zu neuer Arbeit und zu neuem festem Willen!

Schon wieder Revolution in Brasilien

Neuyork, 11. Juli. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ist in Brasilien wiederum eine Revolution gegen die Regierung Vargas ausgebrochen, die hauptsächlich in den Südstaaten Santa Catharina und Sao Paolo um sich greift. Die Aufständischen haben ihr Hauptquartier in den Kasernen der Stadt Sao Paolo errichtet, von wo aus der Aufstand geleitet wird. Präsident Vargas hat einen Aufruf an das brasilianische Volk erlassen, in dem er die Bevölkerung um loyales Verhalten ersucht, um die Revolution niederzukämpfen.

Chinas Vorschläge von Japan abgelehnt

Tokio, 11. Juli. Die chinesischen Vorschläge, eine Konferenz einzuberufen, um die mandschurische Frage zu behandeln, wurden von der japanischen Regierung abgelehnt, da diese Vorschläge nicht den japanischen Interessen im Fernen Osten entsprächen. Die japanische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Mandschurei ein unabhängiger Staat sei.

Rundfunkrede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Schmidt. Am Dienstag, dem 12. Juli, wird um 7 Uhr abends der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt, Hannover, über das Thema: „Gedanken zum Staat" im Rundfunk sprechen.

SLUB
Wir führen Wissen.